

# Meldungen

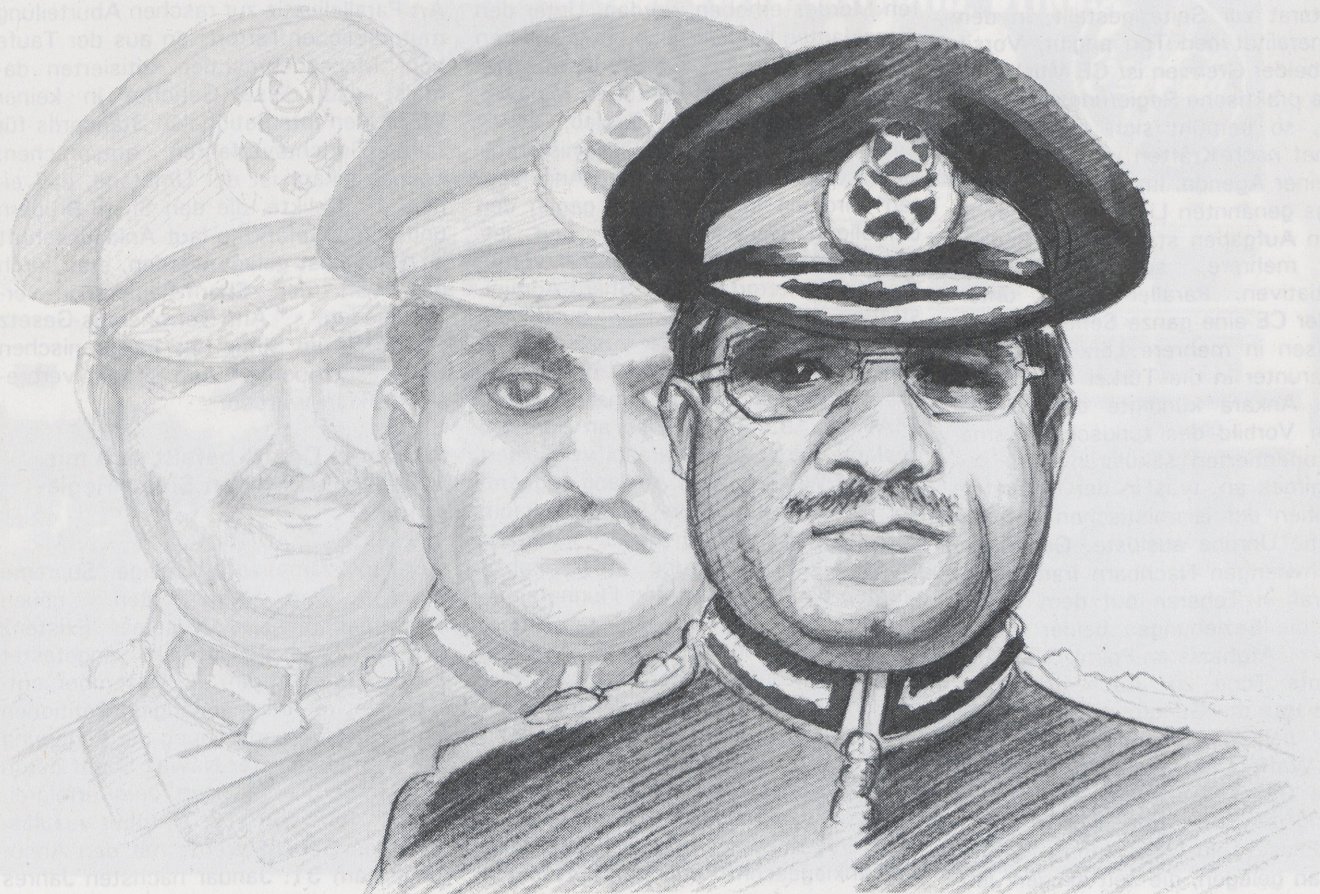
zusammengestellt von Jorge Scholz

## Reformagenda einer parademokratischen Diktatur

Pakistans neuer "starker Mann", General Pervaiz Musharraf, hat wenige Tage nach seinem erfolgreichen Militärputsch gegen die gewählte Regierung von Premierminister Nawaz Sharif am 17. Oktober eine sieben Punkte umfassende Agenda radikaler Reformen angekündigt. Demnach hat sich der Armeechef für seine gewaltsam ergriffene Amtszeit folgende Ziele gesetzt: (1) Wiederherstellung des nationalen Selbstvertrauens und der öffentlichen Moral; (2) Stärkung der föderalen Strukturen und des nationalen Zusammenhalts über die Beseitigung zwischen den Provinzen bestehender Spannungen; (3) Wiederbelebung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Vertrauens der Investoren; (4) Wiederherstellung von Recht und Ordnung sowie Abschaffung der

Schnellgerichtsbarkeit; (5) Entpolitisierung staatlicher Institutionen; (6) Machttransfer zugunsten lokaler Strukturen; (7) Kampf gegen die Korruption auf allen Ebenen. Angesichts einer solch ambitionierten Aufgabenstellung sind sich die Beobachter inzwischen einig, daß sich die Militärs offenbar für einen längeren Zeitraum von mindestens fünf Jahren an den Schalthebeln der Macht einrichten. In dieses Bild paßt, daß das neue Regime bislang mit keinem Wort eine mögliche Zeitperspektive für eine Rückkehr zur Demokratie in Aussicht gestellt hat. Hoffnung können Optimisten lediglich aus dem Umstand schöpfen, daß Musharraf sich in seiner auffällig von Euphemismen geprägten politischen Rhetorik um Schadensbegrenzung bemüht. So spricht Musharraf in seinen öffentlichen Stellungnahmen lieber von einer "Suspendierung" der Bundes- und Provinzparlamente, als von deren Auflö-

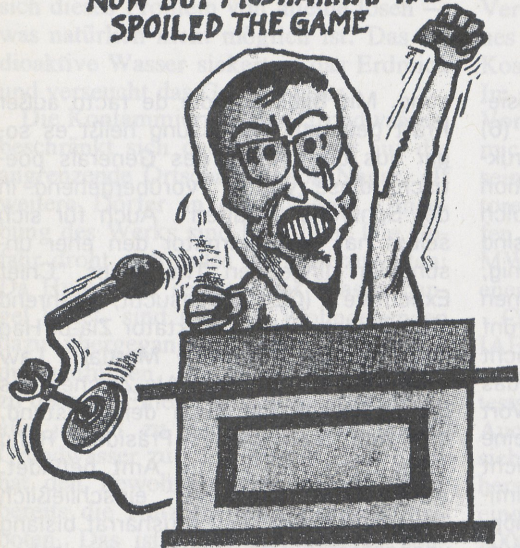
sung. Mit Blick auf die de facto außer Kraft gesetzte Verfassung heißt es sogar aus dem Mund des Generals poetisch, diese werde "vorübergehend in der Schwebe gehalten". Auch für sich selbst hat der Usurpator den eher unschuldig klingenden Titel eines "Chief Executive" (CE) ausgesucht, während sich der letzte Militärdiktator Zia-ul Haq noch stolz "Chief Martial Law Administrator" nannte. Als Zeichen des guten Willens gilt auch der Umstand, daß sich der bisherige Präsident Rafiq Tarar nach wie vor im Amt befindet. Auch die Judikative einschließlich "Supreme Court" ließ Musharraf bislang unangetastet. Dafür wurden inzwischen nach der Bundesregierung auch alle Provinzregierungen entmachtet und durch handverlesenes Personal ersetzt. Gleiches gilt für die Provinzgouverneure, die durch hochrangige Armeeoffiziere ersetzt wurden. Dem Bundeskabinet, daß



Das Militär hat wieder das Sagen (aus: 'Himal', Kathmandu)



IT WAS SUCH A  
NICE ARRANGEMENT,  
I AND BROTHER NAWAZ  
WERE RULING TURN BY  
TURN. IT WAS MY TURN  
NOW BUT MUSHARRAF HAS  
SPOILED THE GAME



(aus: 'Herald', Karachi)

sich aus einer Mischung von Experten, Technokraten, Politikern kleinerer Parteien und Intellektuellen zusammensetzt - darunter auch eine Reihe bekannte Gesichter aus der Zeit der letzten Militärdiktatur - , wurde ein Nationaler Sicherheitsrat zur Seite gestellt, in dem die Generalität den Ton angibt. Vorsitzender beider Gremien ist CE Musharraf. Was die praktische Regierungsarbeit anbelangt, so bemüht sich der Generalstabschef nach Kräften um die Umsetzung seiner Agenda. Im Einklang mit der eingangs genannten Liste der zu bewältigenden Aufgaben startete das Regime gleich mehrere spektakuläre Reforminitiativen. Parallel hierzu unternahm der CE eine ganze Serie von Auslandsreisen in mehrere Länder der Region, darunter in die Türkei und in den Iran. In Ankara kündigte der General eine am Vorbild des türkischen Kemalismus orientierten säkularen Kurs seines Regimes an, was in der Heimat in den Reihen der islamistischen Parteien erhebliche Unruhe auslöste. Gegenüber dem schwierigen Nachbarn Iran schlug Musharraf in Teheran auf dem Gebiet der für die Beziehungen beider Länder zentralen Afghanistan-Politik auffällig konziliante Töne an. Auch gegenüber Indien wagte der General mit einem einseitigen pakistanischen Truppenabzug an der Waffenstillstandslinie in Kaschmir eine Geste des guten Willens. Offenkundig ist dem Armeechef in dieser frühen Phase seines Regiments vor allem daran gelegen, die seit einigen Jahren bestehende internationale Isolierung

Pakistans aufzubrechen. Erleichtert wird ihm das durch die inzwischen modifizierte Haltung der US-Regierung, die nach den ersten spontanen Protestbekundungen nach dem Putsch nun in wachsendem Maße bereit zu sein scheint, Musharrafs paradeokratischem Reformregime eine Bewährungsfrist einzuräumen. Argumentationshilfe leistet der Clinton-Administration der Umstand, daß bislang Proteste der pakistanischen Bevölkerung gegen die Machtübernahme durch die Militärs ausgeblieben sind. Lediglich einzelne Politiker machen aktuell mit gelegentlichen halbherzigen Aufrufen zur Wiederherstellung der Demokratie und mit der Forderung nach Neuwahlen von sich reden.

### Nawaz Sharif wegen Hochverrats vor Gericht

Gegen den am 12. Oktober von der Armee entmachteten Premierminister Nawaz Sharif und sechs weitere prominente Repräsentanten beziehungswise Spitzenbeamte seiner Regierung ist am 8. Dezember vor einem

Anti-Terrorismus-Gericht in Karachi formal Anklage wegen Hochverrats, krimineller Verschwörung und versuchten Mordes erhoben worden. Unter den Angeklagten befindet sich unter anderen auch Shabaz Sharif, ein Bruder von Nawaz Sharif und bis Oktober Ministerpräsident der Provinz Punjab, sowie Syed Ghous Ali Shah, Ex-Ministerpräsident der Provinz Sindh. Den Angeklagten wird ein Mordkomplott gegen den damaligen Generalstabschef und jetzigen Diktator Pervaiz Musharraf vorgeworfen. Hintergrund: Die Sharif-Administration soll am 12. Oktober zu Beginn des Militärputsches einer aus Sri Lanka kommenden Linienmaschine der staatlichen 'Pakistan International Airlines' (PIA) mit 199 Passagieren an Bord die geplante Landung in Karachi verweigert und den Weiterflug ins Ausland angeordnet haben, obwohl das Flugzeug kaum noch Sprit an Bord hatte. Auf Anweisung der Regierung in Islamabad wurden daraufhin von den Flughafeneinrichtungen die in Frage kommenden Landebahnen mit Hindernissen blockiert und die Beleuchtung abgeschaltet. Das Motiv: Unter den Fluggästen der Maschine befand sich der von einer offiziellen Visite in Colombo zurückkeilende Generalstabschef, nachdem er dort von seiner Entlassung durch die Sharif-Regierung erfahren hatte. Dies geht zumindest aus der Anklageschrift und der dort dokumentierten Aussage des Hauptbelas-

tungszeugen - eines Armeeeoffiziers - hervor, die die pakistanische Presse vorab veröffentlichte. Insgesamt wird die Staatsanwaltschaft in dem für Januar angekündigten Prozeß 53 Zeugen aufbieten, darunter auch die Piloten der fraglichen PIA-Maschine, die nach der von Armeeeinheiten erzwungenen Räumung der Rollbahn doch noch in letzter Minute unversehrt landen konnte. Außerdem soll dem Gericht in Form von Videoaufzeichnungen, Mitschnitten von diversen Telefonaten und des Funkverkehrs zwischen Cockpit und Tower sowie der Auswertung der 'Black Box' des Flugzeugs umfangreiches Beweismaterial vorliegen, heißt es in den Artikeln.

Beobachter gehen nach derzeitigem Stand der Dinge davon aus, daß Sharif und seine Getreuen mit einem Schuldspruch rechnen müssen. Die drohende Höchststrafe: Tod durch den Strang. Zur Erinnerung: Auch der frühere Premierminister Zulfikar Ali Bhutto wurde 1979 nach einem Schuldspruch in einem Mordprozeß hingerichtet, nachdem er zwei Jahre zuvor von seinem Generalstabschef entmachtet worden war.

Eine besondere Ironie liegt im aktuellen Verfahren darin begründet, daß das jetzt mit dem Prozeß gegen Nawaz Sharif betraute Anti-Terrorismus-Gericht seine Existenz ausgerechnet der Sharif-Regierung verdankt, die 1997 ein ganzes Netz solcher Schnellgerichte als eine Art Paralleljustiz zur raschen Aburteilung mutmaßlicher Terroristen aus der Taufe hob. Menschenrechtler kritisierten damals, daß diese Gerichte in keiner Weise den internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren entsprächen. Ebenso pikant ist der Umstand, daß einige der Delikte, die den Sharif-Brüdern und deren Gefährten laut Anklageschrift jetzt zur Last gelegt werden, erst durch das von der Sharif-Regierung verabschiedete Anti-Terrorismus-Gesetz von 1997 im Sinne des pakistanischen Strafgesetzbuches zum Kapitalverbrechen erklärt wurden.

### 'Supreme Court' befaßt sich mit Militärputsch gegen Sharif-Regierung

Der in Islamabad ansässige 'Supreme Court', der von den neuen Militärmachthabern in seiner Existenz und Arbeit bislang nicht angetastet worden ist, hat am 6. Dezember entschieden, mehrere anhängige Petitionen gegen die Amtsenthebung der Regierung von Premierminister Nawaz Sharif durch die Armeeführung nach dem erfolgreichen Putsch vom 12. Oktober zuzulassen. Das Gericht werde mit den Anhörungen am 31. Januar nächsten Jahres beginnen, kündigte der Vorsitzende



Richter des Verfassungsgerichts, Saeduz Zaman Siddiqi im Rahmen einer Pressekonferenz an. Die Entscheidung war im Land mit großer Spannung erwartet worden, nachdem Nawaz Sharifs Partei 'Pakistan Muslim League' (PML), drei prominente Rechtsanwälte sowie ein Journalist beim höchsten pakistanischen Gericht gegen den Militärputsch und die Entmachtung einer gewählten Regierung Verfassungsklagen eingereicht hatten. Laut Agenturinformationen verurteilte die PML in ihrer Petition die Aktion der Armee als "illegal" und "nicht verfassungsgemäß" und verlangt das Eingreifen des 'Supreme Court' zugunsten einer Wiedereinsetzung der Sharif-Regierung.

Die Verfassungsbeschwerde eines Anwalts, der über eine weitere Petition auch die Einstellung des in Karachi vor einem Anti-Terrorismus-Gericht anlauenden Strafprozesses gegen Nawaz Sharif erwirken wollte, wurde dagegen vom Supreme Court abgewiesen.

### Umschuldungsabkommen soll Wirtschaft wiederbeleben

Nach längeren Verhandlungen hat Pakistan am 12. Dezember mit seinen im sogenannten 'Londoner Club' organisierten privaten Gläubigerbanken ein Umschuldungsabkommen im Volumen

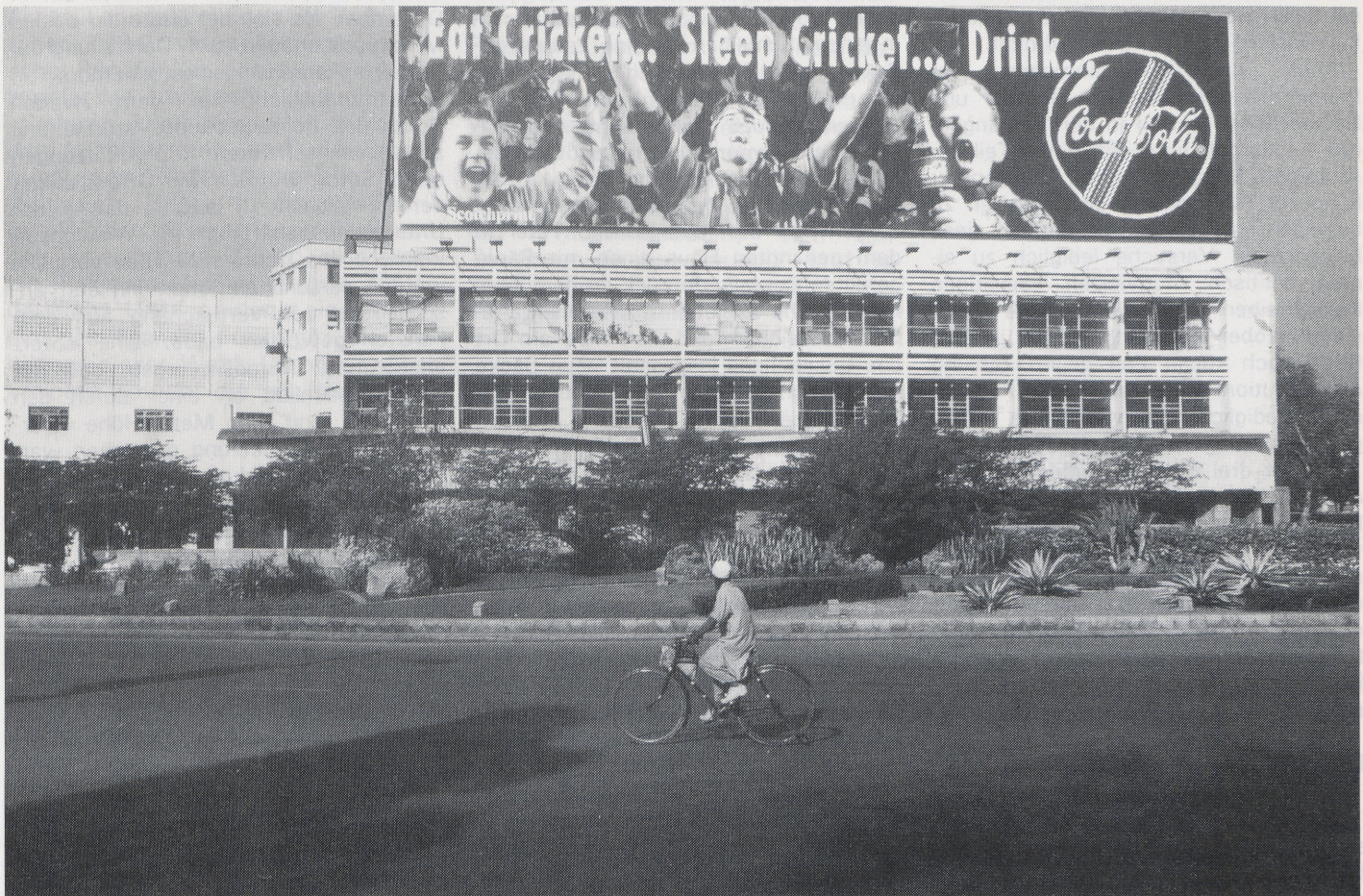
von 877,3 Millionen US-Dollar unterzeichnet. Dies berichtete die pakistanische Tageszeitung 'Dawn' unter Berufung auf offizielle Quellen. Demnach erlaubt der Vertrag Pakistan, zwei Jahre lang mit den Zins- und Tilgungszahlungen für die oben genannte Kreditsumme auszusetzen. Die jetzt gelungene Umstrukturierung der kommerziellen Kredite ist eine Auflage, die in einem bereits im Januar diesen Jahres mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelten Abkommen fixiert ist. Dieses sieht eine Umschuldung von Krediten des 'Pariser Clubs', in dem 24 Geberländer die multilaterale Finanz- und Entwicklungshilfe für Pakistan koordinieren, in Höhe von 3,3 Milliarden US-Dollar vor. Insgesamt belaufen sich die Auslandsschulden Pakistans nach Schätzungen auf rund 32 Milliarden US-Dollar.

Das jetzt vollendete Umschuldungsprogramm stellt einen gemeinsamen Kraftakt der internationalen Gläubigergemeinschaft dar, um den drohenden Staatsbankrott Pakistans, dessen Devisenreserven zeitweilig auf deutlich unter einer Milliarde US-Dollar zusammengeschnitten waren, doch noch abzuwenden. Vor allem die unter der drückenden Schuldenlast besonders leidende pakistanische Wirtschaft, die nach der Verhängung internationaler Sanktionen in Reaktion auf die Nuklear-

tests Islamabad im vergangenen Jahr in eine ernste Krise geraten war, möchte man auf diese Weise ankurbeln. Aber auch der Staatshaushalt, in dem für den Zeitraum 1999/2000 44 Prozent der gesamten Ausgaben für den Schuldendienst vorgesehen sind, ist längst in eine gefährliche Schiefelage geraten.

### Kampagne gegen Korruption und Kreditbetrüger

Nach Ablauf eines von der neuen Militärregierung gesetzten Ultimatums sind ab dem 17. November zahlreiche zahlungsunwillige Schuldner millionenschwerer staatlicher Bankkredite verhaftet worden. Wie aus pakistanischen Presseberichten hervorgeht, mußten allein am ersten Tag der Kampagne 26 Beschuldigte ohne Gewährung einer Kaution wie gewöhnliche Kriminelle den Gang ins Gefängnis antreten. Der Erfolg der Aktion: Reuige Sünder überwiesen schon nach wenigen Tagen veruntreute Gelder in Höhe von insgesamt 8,1 Milliarden Rupien (rund 292 Millionen Mark) zurück an die Staatsbank. Für Gelder in Höhe von weiteren 20 Milliarden Rupien (rund 731 Millionen Mark) wurden mit den verantwortlichen Kreditnehmern Rückzahlungs- oder Umschuldungsvereinbarungen getroffen. Die Gesamt-



Insgesamt belaufen sich die Auslandsschulden Pakistans auf 32 Milliarden Dollar (Foto: Walter Keller)



summe der veruntreuten Staatskredite, die sich vor allem Politiker, Großgrundbesitzer und Industrielle in den achtziger und neunziger Jahren über Bestechung und Beziehungen im großen Stil als zinslose Darlehen, die nie zurückgezahlt wurden, beschafft hatten, beläuft sich nach offiziellen Angaben auf 146 Milliarden Rupien (rund 5,3 Milliarden Mark). Laut Generalleutnant Syed Mohammad Amjad, der als neuer Vorsitzender des 'National Accountability Bureau' den laufenden Feldzug gegen die Kreditbetrüger koordiniert, verteilt sich diese Summe auf insgesamt 7.000 Schuldner. Von diesen schätzt er 30 Prozent, die zusammen im Besitz von etwa 100 Milliarden Rupien (rund 3,6 Milliarden Mark) an staatlichen Krediten sind, als zahlungswillig ein. Gegen 300 von ihnen kündigte Amjad in Kürze eine zweite Verhaftungswelle an. Bemerkenswert am bisherigen Vorgehen des Militärregimes gegen die prominente Riege der Kreditbetrüger ist der Umstand, daß sich auf der Liste der Verhafteten neben der Führungsspitze der abgelösten Regierung auch etliche Spitzenpolitiker der Oppositionsparteien und sogar einige ranghohe Offiziere im Ruhestand finden. So zählten zu den ersten Opfern der Aktion Namen wie der frühere punjabische Ministerpräsident Manzoor Wattoo, die ehemaligen PPP-Bundesminister Anwar Saifullah und Faisal Saleh Hayat sowie ein pensionierter Luftwaffengeneral und ein Admiral.

Auch die Zivilregierungen der Premierminister Benazir Bhutto und Nawaz Sharif hatten in der Vergangenheit wiederholt versucht, einen Teil der säumigen Schuldner unter Strafandrohung zur Rückzahlung der Darlehen zu bewegen. Allerdings mutierten diese halbherzigen Versuche lediglich zu einem politisch motivierten einseitigen Kesseltreiben gegen die jeweilige Opposition, wobei die Beschuldigten in aller Regel nach kurzer Zeit gegen Zahlung einer Kaution wieder auf freien Fuß kamen. Lediglich die vielgelobte Übergangsregierung von Moeen Qureshi, die 1993 für drei Monate amtierte, und in dieser Zeit eine umfangreiche Liste aller Kreditschuldner veröffentlichten ließ, widmete sich mit nachhaltiger Wirkung dem Problem der systematischen Veruntreuung staatlicher Darlehen. Denn die jetzige Militärregierung geht beim Eintreiben der Schulden nach eigenem Bekunden anhand der damals aufgestellten Sündenregister vor.

### Neues Kernkraftwerk geht ans Netz

Nach siebenjähriger Bauzeit hat Pakistan am 23. November das am Mittellauf des Indus gelegene Atomkraftwerk von Chashma offiziell in Betrieb ge-

nommen. Der von China gelieferte Reaktor hat eine Leistung von 300 Megawatt und soll nach einer Erprobungsphase ab Frühjahr 2000 die Industriezentren Lahore, Faisalabad und Karachi mit Strom versorgen. Dies berichtete die staatliche Nachrichtenagentur NNI. In der Meldung wird Ishafaq Ahmed, der Vorsitzende der 'Pakistan Atomic Energy Commission' (PAEC), mit den Worten zitiert, daß das neue Kernkraftwerk hierfür jährlich rund eine Tonne Uran-235 benötige. Dies sei ein positiver Beitrag zum Schutz der Umwelt, da ein herkömmliches Kohlekraftwerk zur Erzeugung der gleichen Strommenge etwa 1,5 Millionen Tonnen Kohle verbrauchen würde. Internationale Sicherheitsstandards habe man beim Bau der Anlage in jeder Hinsicht zur vollsten Zufriedenheit der 'International Atomic Energy Agency' (IAEA) erfüllt, so der PAEC-Chef weiter. Das Kernkraftwerk Chashma ist neben einem Reaktor in Karachi, der bereits seit 1971 Atomstrom liefert, schon das zweite in Pakistan. Spätestens mit den Atomtests vor eineinhalb Jahren zeigte es sich, daß die Indus-Republik seine Kerntechnologie auch für militärische Zwecke nutzt.

### Massenmörder bekennt Ermordung von 100 Kindern

Ein 40jähriger Mann aus der punjabischen Provinzhauptstadt Lahore hat sich in einem Schreiben an eine Zeitungsredaktion dazu bekannt, in seinem Haus innerhalb eines Jahres mehr als 100 Jungen sexuell mißbraucht und anschließend ermordet zu haben. Dies berichtete die Tageszeitung Dawn am 2. Dezember. Zum Beweis seiner Behauptungen ließ der mutmaßliche Täter in dem genannten Haus einen mit Säure gefüllten Container zurück, in dem zwei menschliche Skelette schwammen. Außer den Leichen fand die Polizei am Ort des Geschehens insgesamt neun Säcke mit Kleidungsstücken und Schuhen der vermutlichen Opfer. In seinem Brief an die Zeitung, der einem Paket mit 100 Bildern der Opfer im Alter zwischen zwölf und fünfzehn Jahren beigelegt war, kündigte der Täter, dessen Name mit Javed Iqbal angegeben wird, seinen Selbstmord in dem an Lahore vorbeifließenden Fluß Ravi an. Ob der Mann seine Ankündigung auch tatsächlich wahr gemacht hat, stand bis zum Redaktionsschluß noch nicht fest. Die Fahndung lief zu diesem Zeitpunkt noch auf Hochtouren. Mit Hilfe der Fotos gelang es der Polizei jedoch, in mehr als 70 Fällen Angehörige der Opfer ausfindig zu machen, die das Verschwinden der Kinder bestätigten. Letzte Zweifel an den Behauptungen des Briefeschreibers beseitigte die Entdeckung von drei-

zehn weiteren Säurecontainern in unterirdischen Verstecken im Haus des Täters. Erste chemische Untersuchungen durch Experten ergaben, daß sich tatsächlich in elf der Behälter größere Mengen in der Säure gelöstes menschliches Fett und Reste menschlichen Haares befanden. Die Chemiker bestätigten, daß die Konzentration der in den Gefäßen enthaltenen Säure ausreiche, um einen menschlichen Körper innerhalb weniger Minuten komplett zu zersetzen.

Im Rahmen der Ermittlungen stieß die Polizei auf eine Art Tagebuch des bekennenden Haupttäters, das die Beamten auf die Spur weiterer mutmaßlicher Komplizen führte. Am 5. Dezember meldete die Polizei die Verhaftung von zwei 17 und 22 Jahre alten jungen Männern, die bei Javed Iqbal beschäftigt waren. Beide seien geständig, hieß es nach ersten Verhören noch am gleichen Tag. Während der Ältere seine Beteiligung an insgesamt 29 Morden gestanden habe, gebe der Jüngere zu, zumindest "an einigen wenigen Morden" mitgewirkt zu haben. Die beiden der Mittäterschaft bezichtigten Männer gaben nach Polizeiangaben zu Protokoll, ursprünglich selbst von Javed Iqbal sexuell mißbraucht worden zu sein, bevor sie sich zu Übergriffen und der Ermordung von anderen Jungen drängen ließen.

Eine weitere dramatische Wendung erhielt der spektakuläre Mordfall am 7. Dezember, als sich der ältere der beiden Mittatverdächtigen nach Darstellung der Polizei während eines Verhörs in Selbstmordabsicht aus dem zweiten Stock des Polizeigebäudes stürzte und an seinen schweren Kopfverletzungen starb. Sofort wurde in der Öffentlichkeit der Verdacht laut, daß der Untersuchungshäftling in Wirklichkeit während des Verhörs zu Tode gefoltert worden sei und daß man ihn erst anschließend zur Vertuschung aus dem Fenster geworfen habe. Eine sofort angeordnete Autopsie ergab, daß der Tote tatsächlich an einer durch den Sturz aus rund zehn Meter Höhe verursachten Kopfverletzung gestorben war. Allerdings entdeckten die Mediziner auch über den gesamten Körper verstreut zahlreiche Verletzungen, wie sie für schwere Folter typisch sind. Die punjabische Provinzregierung nahm dies zum Anlaß, um mehrere für die Aufklärung des Falles verantwortliche hohe Polizeioffiziere vom Dienst zu suspendieren.